

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

28.1.1865 (No. 24)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. Januar.

Nr. 24.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Deutschland.

Karlsruhe, 27. Jan. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 5 enthält eine Bekanntmachung des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Den Staatsvertrag zwischen Baden und den Niederlanden über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern betreffend.

Frankfurt, 26. Jan. Nachdem Kurhessen in der heutigen Bundestags-Sitzung seine nachträgliche Zustimmung zu dem Bundes-Versorgungsreglement erteilt, gab Königreich Sachsen (welches wegen Unwohlseins seines Gesandten durch Bayern vertreten war) eine Erklärung über die Bundesgesetzgebung bezüglich des Preis- und Vereinswesens ab, ohne jedoch daran einen Antrag zu knüpfen. Schließlich legte das Präsidium eine Vollmacht des Hrn. Dr. v. Harnier hier vor, welche diesen als Mandatar der kurhessischen Stifter Kaufungen und Wetter beglaubigt, die Vertretung in der Ersten Kammer zu beantragen. Die Sache wurde, als zu dem Verfassungsbereich gehörig, dem kurhessischen Ausschuss zugewiesen. Baden legte eine Uebersicht der Resultate der Strafrechtspflege im Großherzogthum vor.

Darmstadt, 25. Jan. Die Nachrichten, welche unlängst die „Wochenschr. des Nat.-Ver.“ hinsichtlich eines über die Erbfolge in der Landgrafschaft Hessen-Homburg abgeschlossenen Staatsvertrags gebracht hatte, werden von der halbamtlichen „Darmst. Ztg.“ heute in folgender Weise berichtet:

Der im Sommer vorigen Jahres mit Homburg abgeschlossene, die Successionsverhältnisse betreffende Vertrag — ein Vertrag, wie er schon bei Regelung der Territorialverhältnisse im Jahr 1816 in Aussicht genommen war — ist im Wesentlichen nur eine Bestätigung dessen, was die Familienverträge des Hess. Hauses und allgemeine staatsrechtliche Grundsätze ohnehin mit sich brachten. Er enthält nichts, was mit solchen Grundsätzen oder etwa mit der Verfassung des Großherzogthums oder dem öffentlichen Recht der Landgrafschaft Hessen-Homburg im Widerspruch stände. Eben so wenig verletzt derselbe irgendwie die Rechte der Alodialerben, und daß Sr. Königl. Hoh. dem Großherzog auf Kosten dieser Erben oder auf sonstige Weise Vermögensvortheile durch den Vertrag zugewandt seien, ist eine grobe Unwahrheit. — Die Wochenschrift hat an ihre unrichtigen Mittheilungen über den Inhalt des Vertrags einige Bemerkungen über die Beweggründe geknüpft, die zum Abschluß des Vertrags geführt haben sollen. Diese Beweggründe lagen in Wirklichkeit sehr nahe; sie lagen in dem Wunsch, für einen hoffentlich erst nach langer Zeit eintretenden, aber doch im natürlichen Gang der Dinge unausbleiblichen Fall die Verhältnisse der homburgischen Succession in einer, jeden Zweifel und Streit ausschließenden Weise zum voraus geordnet zu sehen. Da eine solche Ordnung im Interesse der beiden Theile lag, so bedurfte es weiterer Motive zum Abschluß des Vertrags nicht. Die Wochenschrift des Nationalvereins aber sucht solche Motive und glaubt sie namentlich in der Selbstsucht homburgischer Beamten zu finden. Was die Wochenschrift in dieser Hinsicht bemerkt, trägt indessen so sehr das Gepräge gehässiger Kälte, daß wir jedes Wort der Erwiderung hier für überflüssig halten.

Kassel, 25. Jan. Charakteristisch für unsere Verhältnisse

dürfte die Notiz sein, daß Oberleutnant v. Loßberg vom Jägerbataillon, welcher den Sturm auf Alsen mitgemacht hat, seine ihm dafür vom Kriegsgericht zuerkannte Strafe von 4 Wochen Arrest verbüßt und unmittelbar nach der Verbüßung seinen Abschied eingereicht hat.

Weimar, 25. Jan. Dem Landtag sind in der Propositionsschrift die nöthigen Eröffnungen über die Lage des Landes gegeben. Die Propositionsschrift enthält im Eingang die Mittheilung, daß der Wohlstand in den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens in den letzten Jahren im Wachsthum begriffen sei, führt hierauf eine größere Anzahl von Befehentwürfen und andern Vorlagen, welche dem Landtag zur Berathung zugehen sollen, auf, und geht sodann des Näheren auf den Zustand der Finanzen des Staats über, welcher als sehr befriedigend dargestellt wird. Eine abermalige Ermäßigung der Einkommensteuer (jezt 8 Pf. vom Thaler des Steuerkapitals) wird für möglich erklärt; aber der Erwägung des Landtags wird überlassen, ob in Rücksicht auf Eventualitäten, welchen man das Auge nicht verschließen dürfe, nicht vorzuziehen sei, es bei dem jetzigen Steuerfuß zu belassen. In der verfloßenen Finanzperiode hat eine Verminderung der Staatsschuld um 722,000 Thlr. stattgefunden, und in der laufenden Finanzperiode schreitet die Schuldentilgung ungehindert fort. Außerdem ist eine außerord. Amortisation erfolgt. Die Staatsschuld, welche im Jahr 1861 über 6,600,000 Thlr. betrug, wird am Schluß der jetzigen Finanzperiode bis auf 4 Mill. Thlr. gesunken sein, von welcher Summe jedoch über die Hälfte in Activen durch Beteiligungen des Staatses (z. B. Eisenbahnen und bei der Weimariischen Bank angelegt sind).

Dresden, 23. Jan. Das „Dresden Journ.“ veröffentlicht verschiedene Veränderungen in der sächsischen Diplomatie, als: die Beförderung des bisherigen Ministerresidenten an den Höfen von München und Stuttgart, des Geh. Rathes v. Dooje, zum Gesandten am Bundestag und bei den Höfen von Karlsruhe, Kassel und Darmstadt, ferner des bisherigen Ministerresidenten zu St. Petersburg, Geh. Legationsraths Hans v. Könnert, zum Gesandten in München und Stuttgart, auch des bisherigen Ministerresidenten in Brüssel und im Haag, Legationsraths Grafen v. Könnert, zum Gesandten in St. Petersburg, und des Kammerherrn Oswald v. Fabrice, früheren Gesandten in Madrid, zum Gesandten in Brüssel und im Haag. Außerdem wird noch die Ernennung des Sekretärs der Bundestags-Gesandtschaft, Le Maire, zum Legationsrath bekannt gemacht.

Aus Schlesien, 23. Jan. schreibt man dem „Schwäb. Wrt.“: „An der Kieler Erklärung (auf dem Kieler „Anschlag“ gegen Preußen und Genossen gerichtet), welche nach allen Seiten zur Unterschriftenjammung verbreitet worden ist, hat man da und dort in Schlesien-Holstein vermüthet, daß gar nicht angegeben wurde, wozu sie verwendet werden sollte; man erfuhr erst später, daß man daraus eine Landesadresse machen wolle. Als nun die „Schl.-Holst.-Ztg.“ die Erklärung, welche Preußen ganz aus dem Spiel läßt und nur von Beziehungen zu Deutschland spricht, als das allein Richtige, und Jeden, der sich anders erklären würde, als Abtrünnigen bezeichnete, als vollends mit Beziehung auf eine derartige Agitation, wenn das Land zu ihr stehen würde, ein Abgabebrief der preussischen Liberalen, die seither nichts von Einverleibung wissen wollten, kam, da entstand eine Gegenbewegung, die mit dem Beschluß des Kendsburger schles-

wig-holsteinischen Vereins, der die Unterzeichnung der Kieler Adresse verwarf, und des Theuerer Vereins, der eine positive Gegenerklärung kundgab, bezw. seine immer vertretenen Ansichten wiederholte, wohl noch nicht ihr Ende erreicht hat. Sich zu der Zeit, wo der preussische Landtag für unser Selbstbestimmungsrecht eingetreten wäre, ganz im Allgemeinen für Beziehungen zu Deutschland zu erklären, heißt die Verhältnisse total verkommen. Willig oder widerwillig, bewußt im Sinn nationaler Politik oder unbewußt, um eben aus den leidigen provisorischen Zuständen herauszukommen, wird man sagen müssen: die dauernde Verbindung mit Preußen durch Verträge in maritimer, militärischer und kommerzieller Beziehung ist eine politische Nothwendigkeit. Diese Nothwendigkeit, auferlegt durch den Willen eines großen Staats, bringt man nicht weg, indem man sie ignorirt. Entweder offener Kampf und Vorbereitung dazu, für den souveränen Kleinstaat sich zu erheben, oder Kompromiß, d. h. Erklärung, daß man eine derartige Verbindung mit Preußen eingehen wolle. Alles Andere ist Wasser auf die Mühle der Einverleibung.“

Berlin, 25. Jan. Im Abgeordnetenhaus beantragten Schulze-Delitzsch, Jauch u. A., das Haus wolle folgenden Gesetzentwurf zustimmen: Die Bestimmungen der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845, betreffend das Koalitionsrecht der Arbeitgeber und Arbeiter, werden aufgehoben. — Durch eine Interpellation fragt Rönnne an, ob und wann die Staatsregierung den königl. Erlass vom 20. Juni 1864, das Preisenreglement betreffend, der Landesvertretung zur Genehmigung vorlegen werde.

Der Gesetzentwurf, welchen die Regierung bezüglich des Nord-Ostsee-Kanals ausarbeiten läßt, geht, wie die „Berl. Börz.-Ztg.“ erfährt, nicht von dem Gedanken aus, daß der Staat eine Zinsgarantie für das Anlagekapital zu übernehmen habe, sondern von dem Gedanken, daß das Projekt am wirksamsten durch Beteiligungen des Staates bei dem Baukapital selbst gefördert werde; die Höhe der Beteiligung ist auf 10 Millionen Thaler angenommen.

Die „Prov.-Korr.“ schreibt: Dem Prinzen Friedrich Karl sind am kais. Hofe in Wien bis zum letzten Augenblick die höchsten Ehren erwiesen worden. Neben den vielfachen Festlichkeiten, welche auf Anlaß seiner Anwesenheit veranstaltet wurden, hatte er wiederholt längere vertrauliche Unterhaltungen mit dem Kaiser allein oder unter Theilnahme der dem Herrscher am nächsten stehenden Generale. Hieraus sind mit Unrecht von neuem allerlei Gerüchte über vertrauliche politische und militärische Verhandlungen des Prinzen mit dem Wiener Hofe abgeleitet worden. Man darf annehmen, daß es dem ritterlichen Kaiser von hohem Interesse war, aus dem Munde des Oberbefehlshabers der allirten Armee Mittheilungen über die Ereignisse und Erfahrungen des gemeinsamen glorreichen Feldzugs zu hören. Sicherlich wird auch der Besuch des tapfern Prinzen in Wien, wiewohl demselben bestimmte politische Zwecke nicht zu Grunde lagen, doch dazu beigetragen haben, die erfreulichen Bande der Waffenbrüderschaft und Bundesgenossenschaft zwischen den beiden deutschen Großstaaten und ihren Monarchen noch zu stärken.

Berlin, 25. Jan. Man schreibt dem „Frl. Journ.“: Die Verhandlungen, welche Frhr. v. Hock hier im Namen der österreichischen Regierung mit den Bevollmächtigten des Zollvereins wegen der Erneuerung des Februar-Vertrags führt, sollen sich ihrem Ende zuneigen. Sie können sich nur

Karlsruhe, 22. Jan. (Wintervorlesung. Schluß.) Nach dem Schilling liebt der Himmel das Volk, und es ist deshalb die Aufgabe der Regierung, für die Wohlfahrt desselben zu sorgen. In dem Zustande des Volkes erkennt man die Beschaffenheit seiner Regierung, und der Spiegel des Fürsten ist nicht das Wasser, sondern sein Volk.

Ueberall begegnen wir im Schilling der Anerkennung des persönlichen Rechtes und des persönlichen Verdienstes. Es besteht keine Kaste; jedes Talent hat freie Bahn. Die Grade der verschiedenen Würden sind auf eine pedantische, oft fast kindische Weise äußerlich bezeichnet; aber ein Jeder kann die Schule besuchen und kann später lediglich durch Begabung, Kenntnisse, Fleiß und Verdienste bis zu den höchsten Würden emporsteigen. Es bestanden zwar in China, schon in uralten Zeiten kaiserliche Dynastien, innerhalb deren man sich bei der Thronfolge zu halten pflegte; aber nach den Grundsätzen des Schilling ist gleichwohl selbst der Kaiserthron nur eine persönliche Würde. Der älteste Kaiser, Yao fragt wegen der Regierungsnachfolge seine Räte; es werden Vorschläge gemacht, aber sie erhalten nicht seinen Beifall. Zuletzt wird der Kaiser auf einen Mann von niedriger Herkunft aufmerksam gemacht, welcher durch seine tugendhaften Bemühungen in seiner Familie eine große Anzahl bedeutender Mängel verbessert und sein Haus achtbar gemacht hatte. Der Kaiser versucht es mit ihm, gibt ihm nach und nach verschiedene, immer höhere Aemter; der wackerere Mensch bewährt sich, steigt immer höher in der Achtung des Kaisers und der Welt, jener gibt ihm endlich seine Tochter zur Gemahlin und ernennet ihn, ohne daß sich eine Unzufriedenheit kund gibt, zu seinem Nachfolger.

Eine Hauptvirtus Confucius bestand in der Wiederherstellung der alten Religionen und Staatslehre. Er sucht dieselbe klar zu machen und zu ergänzen, ist jedoch auch in einigen Beziehungen strenger als die alte thapsodische Uebersetzung. Die Hauptaufgabe,

welche er an jeden Menschen stellt, ist die Selbstvervollkommnung und die Vervollkommnung der menschlichen Zustände. Vollkommenheit ist nach seiner Lehre die Eigenschaft des Himmels, das Streben nach Vervollkommnung die Aufgabe des Menschen. Dieses hohe Ziel wird jedoch bedeutend dadurch ermäßigt, daß ein anderes, für die chinesischen Verhältnisse überaus bedeutungsvolles Gebot darin besteht, daß man die richtige Mitte zwischen jeder Unmässigkeit, jedes Extrem als die Harmonie der menschlichen Verhältnisse und das Gleichgewicht der Welt findend auf das sorgfältigste vermeiden solle. Confucius suchte die Entwicklung einer jeden Energie in gewissen Schranken zu halten; selbst die lebensfrische Entfaltung der moralischen Kraft schien ihm bedenklich; im Gegensatz zu den arischen Anschauungen soll selbst in der Ausübung der Tugend kein Extrem vorkommen; auch hier soll Mäßigkeit und eine gewisse Mitte eingehalten werden. Die natürliche Folge dieser nüchternen Sittenlehre war, daß die chinesische Welt weder Helden des Geistes, noch der That hervorgebracht hat.

Der Staat hatte nach Confucius' Lehre die Pflicht, das Gute zur Entfaltung zu bringen und das Schlechte zu entfernen. Demgemäß war Humanität gegen die allmählig emporzubehenden unteren Volksklassen vorgeschrieben. Schlechte Menschen soll man, wo möglich, durch Befähigung zu bessern suchen; wenn sie den höheren Ständen angehören und sich nicht bessern wollen, werden sie in Ungnade entlassen oder verbannt. Einmal wird die Frage aufgeworfen, wie man ein Volk glücklich machen könne. Hierauf erfolgt die nüchternste Antwort: Mache es durch Förderung der Land- und Volkswirtschaft reich; das Uebrige kommt alsdann von selbst. Daneben steht die im Christenthume zu so schöner Entfaltung gekommene Lehre: Was Du nicht von Andern Dir gethan haben willst, das thue ihnen auch nicht.

Das Recht hing bei den Chinesen unmittelbar mit der Moral zusammen und gelangte wohl deshalb zu seiner ins Einzelne gehenden Entfaltung. Bei ihrem Strafrechte war auf das ideale Gefühl der Ehre keine Rücksicht genommen; Schläge mit dem Bambusrohr

waren häufig vom Richter vorgeschrieben; selbst grausame Strafen kamen vor.

Der gesammte Staat macht nicht den Eindruck eines politischen Gemeinwesens — dazu fehlt es an den geeigneten Institutionen —; er erscheint und vielmehr wie eine patriarchalische Körperschaft, deren Lenker von guten, die Wohlfahrt der Bürger beachtenden Grundsätzen ausgehen, worin aber die Volksehre, Volkskraft und Freiheit, wie sie die arische Menschennace zu erheben gewohnt ist, keine Beachtung findet, — als ein Staat, wie er für ein passives Volk paßt, dessen Wehrzahl aus Ungebildeten besteht, für ein Volk, dessen Geist in der Tradition und in ängstlicher Beobachtung des kleinlichsten Ceremoniells Befriedigung zu finden vermag.

Im Großen und Ganzen ist Confucius' Wirksamkeit im Orient überaus wohlthätig gewesen. Noch heute staunen die Kundigen über die frühe Entfaltung der Kultur der Chinesen, insbesondere ihres Ackerbaues, der eine so dichte Bevölkerung, ohne den Boden auszusaugen, reichlich ernährt, sowie auch mancher technischen Gewerbe, in denen sie Ausgezeichnetes leisten. In ihrer ganzen Bildung herrscht ein humanes und friedliches Element; dagegen ist die ideale Seite des Menschen bei ihnen wenig entwickelt. Wissenschaft und religiöse Ideen sehten sie wenig an. Sie erreichten sehr früh einen gewissen Grad der Civilisation und Geisteskultur; aber dann gefallen sie sich auf dieser Stufe und bleiben Jahrhunderte, zum Theil selbst Jahrtausende hindurch stille stehen. Sie sollen in ihrem Streben nicht zu weit gehen, und so verharren sie denn ohne neue Anstrengung in überkommenen Zuständen und in der ihnen angepriesenen Mitte. Es fehlen ihnen die Ideen, durch deren immer fortwährende Anregung die arischen Völker immer neue Ziele vor sich sahen, und zwar eine bewegtere, oft leidenschaftlichere Geschichte hatten, aber auch, besonders im Geistesleben, weit größere Resultate erreichten.

Nach diesen Ausführungen warf der Redner noch einen vergleichenden Rückblick auf die vier von ihm besprochenen altasiatischen Religionen,

auf sehr engem Terrain bewegt haben, da dem Wunsche Oesterreichs, sein Recht gewahrt zu sehen, in einem spätern Zeitpunkt Verhandlungen über eine etwaige Zollvereinigung zu beantragen, schon vorher auf diplomatischem Wege Genüge geschehen war, und bei der nothwendigen Aufrechterhaltung des Artikels 31 des französischen Handelsvertrags das seither zu Gunsten Oesterreichs bestandene Differenzialsystem nicht länger fortbauern kann, ein System, das sich außerdem während seines zwölffährigen Bestehens von sehr großen Unzuträglichkeiten bei der praktischen Anwendung begleitet, und von äußerst geringer Bedeutung für die Hebung des Verkehrs mit Oesterreich gezeigt hat. In Zukunft gilt an der österreichischen Grenze für die in den Zollverein übergehenden Güter derselbe Tarif, wie an allen anderen Grenzen des Zollvereins, nämlich der allgemeine Vereinstarif, der auf Grund des französischen Vertrags auf den letzten Zollkonferenzen in Berlin vereinbart worden ist. Wenn es Hrn. v. Hoch gelungen sein sollte, was wir nicht wissen, im Interesse der österreichischen Industrie noch einige Ermäßigungen in einzelnen Posten durchzusetzen, so ziehen davon natürlich auch alle andern Nationen Vortheil, da der Zollverein das System der Differenzialzölle überhaupt nicht mehr kennt. Oesterreich gewinnt übrigens bei dem Tausch zwischen dem Februar- und neuen Zollvereins-Tarif ungemein viel, ohne daß es das mindeste Gegenstandsgegenstand zu machen braucht. Die Zölle auf diejenigen Erzeugnisse seiner Fabrikindustrie, welche es nach dem Zollverein ausführt, sind alle um ein Erhebliches niedriger, als die zu seinen Gunsten im Februar-Vertrag stipulirten Differenzialzölle, namentlich die auf Eisenwaaren, Glas, Lederwaaren und Handschuhe, kurze Waaren, die von 35 auf 15 Thlr., Baumwollen-Waaren, die von 30 Thlr. auf 10, 16 und 30 Thlr., Wollewaaren, die von ebenfalls 30 Thlr. auf 10, 20, 25 und 30 Thlr., Seidenwaaren, die von 80 auf 40 Thlr. pr. Zentner herabgesetzt sind. Auch der Zoll auf Wein, dessen Herabsetzung Oesterreich so sehr am Herzen liegt, ist von 6 und 8 Thlr. pr. Zentner auf 4 Thlr. vermindert. Einen weit größern Platz in der Gesamtausfuhr Oesterreichs nach dem Zollverein als die Fabrikzeugnisse nehmen übrigens die landwirthschaftlichen Produkte ein, welche entweder ganz frei oder gegen einen bloß nominellen Zoll, z. B. Getreide, eingeführt werden. Von den 40 Mill. Gulden, die nach österreichischen Quellen die Gesamtsumme des Verkehrs Oesterreichs nach dem Zollverein vertreten, kommen allein 16 Mill. auf Wolle, 2 1/2 Mill. auf Bettfedern, 10 Mill. auf Getreide und Sämereien, 1 1/2 Mill. auf Mühlenfabrikate, die alle der obenbezeichneten Kategorie angehören, so daß gerade auf die wichtigsten Ausfuhrartikel Oesterreichs der neue Zolltarif nichts zum Nachtheil ändert und Vieles günstiger stellt. Der fernern Gewährung des durch Art. 6 des Februar-Vertrags festgestellten Erleichterungen und gegenseitigen Grenzverkehrs, sowie der Erneuerung des Zoll- und Münzartikels wird wenigstens von Seiten des Zollvereins schwerlich ein Hinderniß entgegenstehen. Es fragt sich nun, welche Herabsetzungen in seinem Tarif Oesterreich zu Gunsten der Zollvereins-Industrie als Entgelt für die erlangten Konzessionen gewähren wird.

Berlin, 26. Jan. Die „Zeidler. Korresp.“ schreibt: Aus der Thatsache, daß die dänische Regierung sich hieselbst nur durch einen Geschäftssträger vertreten läßt, während Preußen bereits einen bevollmächtigten Minister nach Kopenhagen geschickt hat, sind manichfache unrichtige Schlüsse gezogen worden, die sich durch den Umstand erledigen, daß der König von Dänemark bereits den Kammerherren v. Quaade zum bevollmächtigten Minister in Berlin designirt hat, daß jedoch Hr. v. Quaade durch die Krankheit des dänischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Blühme, den er im Amte vertritt, in Kopenhagen zurückgehalten wird. Die österreichische Depesche vom 21. Dez. v. J. ist von Seiten des Berliner Kabinetts bis jetzt nicht beantwortet worden. Eine unrichtige Angabe ist es — sagt die „Zeidl. Korresp.“ — daß von Wien aus eine gewisse Ungebuld wegen der Pause, die in diesen Verhandlungen eingetreten, geäußert worden sei. Gewiß läßt sich voraussetzen, daß Oesterreich den Wunsch hegt, die Intentionen Preußens in Betreff der Modalitäten, unter denen es seine militärischen und maritimen Interessen in den Herzogthümern gesichert sehen will, zu ver-

welche nicht allein großartige Wirkungen hervorgebracht haben, sondern auch noch jetzt in bedeutendem Umfange fortbestehen, und schloß alsdann mit der Bemerkung, daß die Religionsansichten einen so mächtigen Einfluß auf das Staatsleben ausüben, daß die Regierungen dieselben nicht unbeachtet lassen dürfen. Dessenungeachtet habe es sich jedoch nicht als zuträglich erwiesen, daß die Entwicklung des Staates und des Rechtes von den menschlichen Auffassungsweisen religiöser Verhältnisse abhängig gemacht werde, indem beide nicht immer völlig gleichen Schritt halten, wie dies selbst in der spätern Geschichte aus den Gegensätzen des religiös-christlichen und des politisch-römischen Standpunktes genügend hervorgeht. Darum müsse man es für einen Fortschritt in der weltgeschichtlichen Entwicklung der Menschheit betrachten, daß diese beiden Elemente in unserer Zeit mehr und mehr getrennt werden, und der Staat von den uns deutlich erkennbaren, rein menschlichen Grundlagen aus seiner Vervollkommnung zustrebe, während die Kirche das Gemüth des Menschen für religiöse Wahrheiten empfänglich zu erhalten suche.

— Durch ein königl. Handschreiben ist dem Oberbürgermeister Heim in Ulm mitgetheilt worden, daß der König von Württemberg 3000 fl. aus der Oberhofkasse bewilligt hat, um die drohende Unterbrechung des dortigen Ministerbancus zu verhindern. (Ulm. Bl.)

— Bukarest, 19. Jan. Gestern, als am hl. Dreikönigstage, fand wie alljährlich die Feier der Wasserweihe der Dimbowa statt. Die Spitzen sämtlicher Behörden wohnten dem Akte auf Tribünen bei, die ganze Garnison war in Parade ausgerückt. Der Metropolit segnete ein großes eisernes Kreuz und warf dasselbe alsdann in die Fluthen des Stromes, aus welchen es ein vollkommen entwickelter Mensch wieder herausholte und, einem Briefe übergebend, auch Fürst Gusa war bei der Feier für einen Moment zugegen.

nehmen. Doch erkennt die österreichische Regierung gewiß ihrerseits an, daß, da diese Frage mit mehreren andern, besonders mit der Erbfolge-Frage und der genaueren Prüfung derselben, parallel läuft, ein Präzifiziren von Forderungen, deren Voraussetzungen noch nicht klar gelegt sind, mehr theoretischer als praktischer Natur sein würde.

Der von Sr. Maj. dem König ernannte Präsident des evangel. Oberkirchenraths, Wirkl. Geh. Rath Mathis, wurde heute von dem Minister der geistl. Angelegenheiten, Dr. v. Müllner, in das gedachte Kollegium eingeführt und hat derselbe die Geschäfte übernommen.

Berlin, 26. Jan. Der unter dem Namen „Slesvigia“ hier gestiftete Verein von Waffengefährten des letzten Krieges hat kürzlich vom Magistrat einen Beitrag von 1000 Thalern zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kampfgenosser erhalten. Die Statuten des neuen Vereins sind bereits höhern Orts genehmigt worden. — Wie verlautet, wird der preussische Zivilkommissär für die Regierung der Erb- und Herzogthümer, Hr. v. Zedlitz, binnen kurzem wieder nach Berlin kommen, um an Besprechungen über Angelegenheiten seines Wirkungskreises Theil zu nehmen. Die neuerdings in mehreren Blättern umlaufenden Nachrichten von bestimmten Ergebnissen, zu denen das Kronyndikat bei seinen Erörterungen über die schleswig-holsteinische Erbfolge-Frage angeblich bereits gelangt sein soll, erweisen sich als unbegründet. Glaubwürdigen Versicherungen nach ist das Rechtsgutachten noch lange nicht zum Abschluß geblieben. Auch werden die betreffenden Ausarbeitungen und Beratungen streng geheim gehalten.

Der Entwurf eines neuen Expropriationsgesetzes, welcher alsbald beim Landtag zur Vorlage kommen soll, ist von Seiten der Regierung außer andern Behörden auch dem hiesigen Magistrat zur gutachtlichen Aeußerung mitgetheilt worden. Schon hat der Magistrat eine besondere Kommission eingesetzt, um dieser Aufforderung zu entsprechen. Gerade in Berlin sind seit Jahren vielfache Klagen über das bestehende Expropriationsgesetz an den Tag getreten. — In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung des Landes-Deputationskollegiums wurde der dringliche Antrag eingebracht: das Kollegium wolle die Emanation eines neuen Hypothekengesetzes nebst Hypothekenordnung, unter Bezugnahme auf seine betreffenden frühern Anträge, für ein dringendes Bedürfnis erklären.

Nach den Budgetvorlagen beläuft sich der Militäretat für 1865 im Ordinarium auf 39 Mill. 498,516 Rthlr. und im Extraordinarium auf 1 Mill. 835,000 Rthlr., zusammen 41 Mill. 333,516 Rthlr. Der im Vergleich mit dem Jahr 1864 sich herausstellende Mehrbetrag von 1 Mill. 960,962 Rthlr. erklärt sich hauptsächlich aus der Erhöhung des Friedensstandes der Armee, indem namentlich die Beurlaubungen wesentlich eingeschränkt worden sind. Auch in diesem Jahre soll, gleich wie im vorigen, die Einstellung der Rekruten im Monat Oktober erfolgen. — Se. Maj. der König empfing heute die Deputation des Herrenhauses, welche ihm die von diesem Hause beschlossene Adresse überbrachte.

Glogau, 24. Jan. (Bresl. Ztg.) Der Staatsanwalt beantragte in der heutigen Verhandlung des bekannten Prozesse 6 Monate Gefängniß gegen Michaels und 3 Monate gegen Fleming, die Redakteure des „Niederöschl. Anzeigers“. Die Publizierung des Urtheils ist auf Samstag verlagert.

Wien, 24. Jan. Die „Gen.-Corr.“ sagt: „Gerüchte, welche in verschiedne in- und ausländische Organe Eingang gefunden haben, wollten von Beratungen politischer oder militärischer Natur wissen, die während des jüngsten Besuchs Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Karl von Preußen am kaiserlichen Hoflager unter mehreren hochgestellten militärischen Persönlichkeiten stattgefunden haben sollten. Nicht ohne Abfichtlichkeit wurde auch angedeutet, der Minister des Aeußern sei zu diesen Besprechungen nicht zugezogen worden. Wir sind in der Lage, versichern zu können, daß diese Gerüchte sammt und sonders jeder Begründung entbehren. Was namentlich den Hrn. Feldmarschall Baron v. Hey betrifft, welchen man als einen der Theilnehmer an jenen angeblichen Konferenzen bezeichnete, so konnte derselbe, durch Unwohlsein verhindert, dem Prinzen nicht früher seine Verehrung bezeigen, als bei einer flüchtigen Begegnung am letzten Tage der Anwesenheit Seiner Königl. Hoheit. Mit den erwähnten Gerüchten fallen denn auch alle die mannigfachen Kombinationen zu Boden, welche die Phantasie der Konjunkturalpolitik daran geknüpft hat.“

Wien, 25. Jan. Der preussische Gesandte scheint hier die Mittheilung gemacht zu haben, daß die lange erwartete Antwort des preussischen Kabinetts, nachdem die betreffenden Sachministerien ihre Arbeiten geendigt, heute oder morgen von Berlin abgehen werde. Daß sie schon hier eingetroffen und übergeben sei, ist ein grundloses Gerücht. So viel über deren Inhalt vorläufig verlautet, würde Preußen einwilligen, nach Maßgabe des von Oesterreich gemachten Vorschlags, vorbehaltlich und unbeschadet der spätern Prüfung der Rechtsfrage, den faktischen Besitz an den Herzog von Augustenburg zu übertragen, aber unbedingt darauf bestehen, daß vor der Besitzübertragung die von ihm (Preußen) in den Herzogthümern einzunehmende Stellung vollständig geregelt werde. Es ist abzuwarten, ob sich diese Lesart bestätigt.

Gleich Bayern und Sachsen, nur in noch stärkeren Ausdrücken des Vertrauens, hat jetzt auch Württemberg sich neuerlich mit der Politik Oesterreichs in der schleswig-holsteinischen Frage einverstanden erklärt.

Wien, 26. Jan. (Presse.) In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses gab die Regierung durch den Mund des Polizeiministers die Bedingungen bekannt, unter welchen sie auf eine Herabminderung des Erfordernisses eingehen wolle. Diese sind: Einräumung von Rekrutements innerhalb der einzelnen Ministerien und möglichst baldige Verathung des 1866er Budgets, und zwar gleichfalls unter Zuziehung von Rekrutements innerhalb der einzelnen Ministerien. Die

Höhe des Abstrichs, der gegen Erfüllung dieser Bedingungen vorgenommen werden soll, wurde nicht bekannt gegeben. Darob erregte Debatte. Es sprachen Giska, Skene, Kinsky, Winterstein, Szabel, Leusch. Es wurde geltend gemacht, daß die Inangriffnahme des 1866er Budgets nicht zugefagt werden könne, weil dieser Finanzausschuß nur zur Verathung des Budgets für 1865 eingesetzt ist. Auch soll so umande herbe Bemerkung darüber, daß das Ministerium den Betrag nicht angeben wolle, um den es das Erforderniß herabmindern würde, wenn der Finanzausschuß, bezw. das Haus, die gestellten Bedingungen annehmen würde. Von Ministern waren anwesend außer dem Polizeiminister, welcher auch heute Namens der Regierung das Wort führte, Schmerling, Plener, Lasser, Burger, und der Leiter des Handelsministeriums, Baron Kalchberg. Der Kriegsminister und der Minister des Aeußern fehlten auch diesmal. (Den Beschluß des Finanzausschusses haben wir bereits telegraphisch mitgetheilt.)

Schweiz.

Bern, 25. Jan. Der Bundesrath hat die Einladung Italiens, es möchte die Unterhandlung des schweizerisch-italienischen Handelsvertrages zu Turin stattfinden, angenommen. Hr. Buda ist mit der Leitung dieser Unterhandlungen beauftragt; es werden ihm Experten beigeordnet werden. Die übrigen Verträge, betreffend Schutz des literarischen und künstlerischen Eigenthums, Niederlassungs- und Konsularverhältnisse, Verbrechenslieferung, werden in Bern unterhandelt. — Einer der Angeklagten des Genfer Prozesses hat dieser Tage wieder von den Waffen gegen einen Gegner Gebrauch gemacht; er feuerte auf offener Straße eine Pistole gegen denselben ab. Die Sache sollte geschlichtet werden, aber der Staatsanwalt klagt, wohl abermals umsonst. — Aus der Tessiner Kantonalbank wurden 90,000 Fr. gestohlen. Der Thäter ist noch unbekannt.

Italien.

Neapel, 19. Jan. (N. Z.) Kardinal Andrea widerlegt im „Giornale di Napoli“ die Angabe, welche besagt: er sei nach Rom zurückgerufen worden. — Von den hiesigen Beamten werden ungefähr zehn ihre Stellen wegen der Eidesverweigerung einbüßen; drei sind bereits entlassen. Die betreffenden Beamten sind sämmtlich beim Archiv angestellt und weigern sich, einen Eid abzulegen, weil sie während der Statthaltertschaft einen solchen geleistet haben. Die Wiederholung des Eides wird aber jetzt verlangt, weil nach dem neuen Reglement eine Veränderung und Verlegung wie der Antritt eines neuen Amtes betrachtet wird. — Die heutige Ausgabe ergibt, daß die Zahl der Rententen von 40 Proz. bis auf 8 Proz. abgenommen hat.

Rom, 17. Jan. Man schreibt der „Kreuz-Ztg.“: Am Dreikönigstage antwortete der Papst auf die Dankreden der Ordensgenerale der Franziskaner und Karmeliter in der Sixtinischen Kapelle, die sel. Maria de Angelis sei in einer Stadt geboren, welche halb trauriger Weise um ihren Namen als Hauptstadt kommen werde; er bitte Gott, daß die Einwohner von Turin nicht ebenso um ihr himmlisches Vaterland kommen möchten, wie sie jetzt den Ruhm ihres irdischen untergehen sehen. Die Verhältnisse mit Frankreich werden immer gespannter, obwohl Kardinal Antonelli in seiner bekannten Weise eifrig bemüht ist, zu mildern und zu vermitteln; Graf Sartiges erkennt das wohl an und bleibt im freundlichsten Verkehr mit dem Kardinal-Staatssekretär, wenn er auch weiß, was er von der Versicherung derselben zu halten hat, daß die Encyclica lediglich eine geistliche Bedeutung habe. Desprez, Direktor im französischen Ministerium des Aeußern, welcher zur Zeit hier verweilt, äußert sich höchst bitter über die „Unabankbarkeit“ des römischen Stuhls, und selbst Graf Sartiges verrieth gestern bei einem Fest des portugiesischen Botschafters, des bekannten Marschalls Herzogs von Sabanha, in auffallender Weise seine Empfindlichkeit. Ein ungehöriger Bedienter warf ihm nämlich beinahe eine Platte mit Limonaden-, Eis- und Weingläsern über den Kopf; der Ambassadeur aber rief: „Prenez donc garde, vous allez me syllaber!“ Dieses Wort erregte wegen seiner verständlichen Anspielung viel Heiterkeit. In voriger Woche hielt Visconti in der Sapienza einen interessanten Vortrag über die neu aufgefundenen Statue des unbärtigen Herkules, welche der Papst gekauft hat; dieselbe soll hinfort der „Marschallische Herkules“ (nach dem Familiennamen des Papstes) genannt werden. Visconti erklärt die Statue für ein Meisterwerk griechischer Kunst, welches nach der Schlacht bei Pharsalus versteckt worden sei, um es der Wuth der Anhänger Cäsars zu entziehen; Herkules war nämlich speziell auch der Gott des Pompejus und seiner Partei.

Frankreich.

Paris, 26. Jan. Der gestrige Tuilerienball war sehr glänzend. Die Kaiserin jedoch war wegen Unpäßlichkeit nicht erschienen, und der Kaiser zog sich schon um 11 1/2 Uhr in seine Gemächer zurück, nachdem er sich nur kurze Zeit im „Friedensaal“ gezeigt hatte. — In diesem Augenblick sind es bei der politischen Stille vorzugsweise kirchliche Angelegenheiten, welche das Publikum beschäftigen. Zu der Encyclica tritt der Sturm der Reumahl der Mitglieder des Pariser protestantischen Konsistoriums. Hr. Guizot, Haupt der orthodoxen Bewegung, erhielt nur 1279 Stimmen, und wurde daher, da die Majorität 1316 Stimmen ist, nicht wieder gewählt. — Außer diesen Angelegenheiten spricht und beschäftigt man sich viel mit der vielversprochenen Untersuchung wegen der Kreditinstitute. Die H. D. Vuitry, Rouher und der Bankgouverneur Rouland hatten bereits wiederholte Unterredungen. Hr. Forcade von der „Sem. financière“ seinerseits arbeitet an einer Denkschrift für die Bank, die, wie man versichert, in dem „Moniteur“ Aufnahme finden soll. — Ein Marzeiller Blatt hatte aus Algier die Mittheilung gebracht, daß man 500 Spahis nach Tunis schicken werde, da der Kaiser entschlossen sei, nicht länger einen Herd der Unruhen und Intriguen an den Thoren Algiers zu dulden. Der „Constitutionnel“ erklärt, daß diese, der bisherigen Politik Frank-

reichs ganz widersprechende Nachricht völlig unbegründet, und nur erfunden sei, um Besorgnisse auszustreuen. — Dasselbe Blatt bringt eine ihm zur Veröffentlichung zugegangene Note, womit die Angabe, daß Graf Sponneck sich der Rückkehr des Generals Kalerigis nach Athen widersetze, widerlegt wird. Auf Antrag des Grafen Sponneck sei gerade die Ernennung des Generals zum Oberstallmeister des Königs George erfolgt.

Das „Pays“ widerlegt die von einem französischen Blatt in London gegebene Nachricht, daß zwischen den Kabinetten von Paris und von Wien Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrags angeknüpft seien. — Die „France“ hält es nicht für wahrscheinlich, daß die Prüfung der Frage wegen obliquatorischer Untertrichs im Geh. Rath bereits so weit vorgeschritten sei, daß ein Gesetzentwurf darüber im Lauf der nächsten gesetzgebenden Session vorgelegt und diskutiert werden könne. — Die „Patrie“ erklärt die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, die französische Regierung habe an ihre Gesandten in Wien und in Berlin sehr energische Depeschen geschickt, die sich im Sinn einer nationalen Lösung der Frage der Herzogthümer ausdrücken, für völlig unbegründet. — Baron Bazancourt, Mitarbeiter der „France“ und namhafter Militärschriftsteller, ist gestern gestorben. Er hat im Auftrag des Kriegsministeriums die Geschichte des Krümmfeldzugs und des italienischen Kriegs geschrieben.

Die Börse war Anfangs flau; im weiteren Verlauf hob sich jedoch Rente von 66.85 auf 67, ital. Anl. von 64.85 auf 65 Fr. — Die Bankbilanz ergibt eine Zunahme des Metallvorraths von 318 auf 322 Millionen, und eine Abnahme der Wechselbestände um 24 1/2 und des Banknoten-Umlaufs um 9 Millionen. Die Summe der gestern unbezahlt gebliebenen Effekten figurirt wieder mit 2,630,867 Fr.

Belgien.

Brüssel, 25. Jan. (Köln. Ztg.) Seit Beginn voriger Woche hat die Generaldiskussion des Kriegsbudgets das Abgeordnetenhause ausschließlich beschäftigt. Daraus ersieht man schon, daß die Debatte in's Breite gegangen; tief ging sie nicht, obgleich verschiedene Redner, u. A. der Deputirte Lehardy de Beaulieu, sehr radikale Ansichten über die Unmöglichkeit, ja die Schädlichkeit der stehenden Armeen laut werden ließen. Doch handelt es sich nur um die platonischen Interessen widerstrebender Theorien; denn auch die entschiedensten Gegner der übertriebenen Militärausgaben haben für dieses Jahr der Absicht entsagt, durchgreifende Reformen oder Ermäßigungen zu beantragen. Das Budget wird denn auch trotz der langen Verhandlungen ohne wichtige Modifikationen gegen etwa 15, höchstens 20 Stimmen genehmigt werden. Der Kriegsminister, welcher bekanntlich zu den elegantesten Rednern der belgischen Kammer gehört, hat in einem beinahe zwei Sitzungen ausfüllenden Vortrag die Theorien seiner Gegner gleichfalls auf theoretischem Boden, und zwar durch eine begeisterte Lobrede auf die stehenden Armeen, widerlegt. Von Zugeständnissen in Bezug auf Verminderung der Militärausgaben war in der beredeten Aussprache des Hrn. Chazal leider kein Wort zu hören.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Jan. Bekanntlich war gegen Ende des vorigen Jahres eine Adresse an den Reichsrath unter den Dänen und dänischgesinnten Schleswigern verbreitet, die von diesen unterzeichnet werden sollte. Die Sache sollte, um die Unterzeichner keinen Unannehmlichkeiten auszuweisen, mit der größten Heimlichkeit betrieben werden, und der 6. Jan. war zur Unterzeichnung angesetzt, als bereits am 31. Dez. im „Fædrelandet“ ein Schreiben aus Hadersleben, welches der Sache, als vermeintlich vom konservativen dänischen Augustverein und selbst von Mitgliedern des Ministeriums ausgegangen, nicht günstig war, das Geheimniß verriet und dadurch die ganze Unternehmung vereitelte. Die „Berl. Ztg.“ berichtet über diese Vorgänge und fügt hinzu, daß die ganze Sache ein neuer Beweis des terroristischen Verfahrens der doktrinären Partei sei, die sich nicht entblöde, „die dänischen Schleswiger zu denunziren“, wenn dadurch Parteizwecke erreicht werden könnten. — Das Kultusministerium hat die Bischöfe aufgefordert, das Andenken des Todestags von Ansgar, dem Apostel des Nordens (3. Febr.), mit ihren Predigten am Sonntag den 5. Febr. in Verbindung zu bringen. (Auch in Hamburg und den Herzogthümern wird dieser tausendjährige Gedenktage begangen werden.) — Geh. Rath Bräffrup, dessen Aufenthalt in Berlin sich bedeutend über die ursprünglich bestimmte Zeit hingezogen hat, kehrt in den nächsten Tagen nach Kopenhagen zurück. — Im Lauf des Jahres wird im Interesse der jütlandischen Viehzüchter zwischen der Provinz Jütland und England eine direkte regelmäßige Dampf-Schiffahrt in's Leben gerufen werden.

Kopenhagen, 25. Jan. (W. K. V.) Nachdem das Landsthing den Vorschlag des Finanzministers, den Zensus für das Wahlrecht zum Landsthing auf 2000 Rthlr. anzusetzen, mit 38 gegen 24 Stimmen verworfen hatte, nahm es heute den Entwurf des Grundgesetzes im Ganzen mit 57 gegen 1 Stimme an. Der Entwurf geht nun zum Folkething.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 23. Jan. (Nat.-Ztg.) Heute ist im Reichsraths-Saal große Vorstellung sämtlicher Mitglieder dieser Körperschaft vor dem neu ernannten Präsidenten, Großfürsten Konstantin. So sehr man mit der Ernennung dieses Prinzen und mit jener der übrigen Persönlichkeiten, deren bereits Erwähnung geschah, zufrieden ist, so wenig sympathirt man mit dem Hrn. Butkow als Ministeraths- und Reichsraths-Sekretär gegebenen Nachfolger, dem Fürsten Aluffow, welcher bisher Generalprokurator an der h. Synode war. Die Sache macht um so mehr böses Blut, als man zu wissen glaubt, daß weder der Großfürst-Präsident noch Hr. Butkow diese Wahl gewünscht. Der Posten war aber bereits vergeben, ehe Andere daran dachten, sich um die Bilanz zu bemühen. — Der bisherige französische Geschäftsträger Graf Maffignac, welcher vor nicht langer Zeit durch eine offene Kellertür fiel und sich am ganzen Leib beschädigte, ist nun so weit hergestellt, daß er seine Abschiedsaudienz beim Kaiser

haben konnte und nach Paris reist. Khalilbey, der türkische Gesandte, gab Donnerstag ein sehr glänzendes Ballfest, dem jedoch aller orientalische Beigeschmack fehlte; es war ein rein europäisches Fest, das bis 5 Uhr Morgens dauerte. — Ueber die Wahlen zu den Provinzial-Landtagen, welche auf Grund eines im letzten Sommer erschienenen Ukas als beratende Körperschaften den Provinzialgouverneuren zur Seite stehen sollen, liegen aus Pskow und Samara einzelne erfreuliche Berichte bezüglich der Theilnahme der untern Stände vor. Indeß merkt man denselben die subjektive Färbung an, die fröhliche Stimmung eines Gewählten. Im Allgemeinen ist der Indifferentismus leider amtlich konstatiert.

Türkei.

Konstantinopel, 25. Jan. Der am 20. verstorbene Marineminister, Mehemet-Pascha, ist durch Bessuir-Pascha, bisher Präsident des Marinerrathes, ersetzt worden.

Griechenland.

Korfu, im Jan. Das neue Jahr scheint vorberhand für uns nicht günstiger werden zu wollen, als das Jahr 1864. Unsere Zustände haben sich in letzter Zeit nicht nur nicht gebessert, sondern noch verschlimmert. Nachdem die Hoffnung auf eine gute Deleerte zu Wasser und der Geldmangel auf dem Platz immer fühlbarer geworden ist, traten auch gleich die gefährlichsten Fallimente ein. Unter diesen befinden sich nicht allein mehrere der bedeutenderen griechischen Handelshäuser, wie die H. H. Cresnidi, Damiri, Marchetti, Pasquali &c., sondern auch andere Privaten, worunter der Conte D. mit 40,000 spanischen Thren. und der famose Advokat P. mit 80,000 Thren., letzterer ein fanatischer Publizist und Haupt der Annerxionspartei. Diese Vorfälle haben auf dem Platz einen solchen panischen Schrecken hervorgebracht, daß für eine geraume Zeit gar kein Wechsel mehr escomptirt werden konnte und selbst die englisch-jonische Escomptebank ihre Operationen einstellte. — Der letzte Bürgermeister, Hr. Pofandi, gleichfalls ein Hauptantagonist gegen das englische Protektorat, war deßhalb auf einige Zeit von hier verwiesen worden. Nach erfolgter Abtretung der Jonischen Inseln wurde er von der Regierung in Athen für seinen Patriotismus zum Regenten von Korfu ernannt und ihm der Palast des vorigen Senatspräsidenten eingeräumt; allein er genoss kein Glück nur kurze Zeit, da eine plötzliche Krankheit innerhalb weniger Tage seiner Laufbahn ein Ende machte. — Auf der jonischen Insel Zante ist die persönliche Sicherheit gefährdet; dort sind Verwundungen aus Rachgierde an der Tagesordnung, und vor kurzem wurde ein dortiger Beamter, Schwiegerjohn des Polizeidirektors, einige Tage nach seiner Vermählung mit Messerstichen ermordet gefunden. Die Wuth des gemeinen Volks ist hauptsächlich gegen die ehemaligen Beamten gerichtet, welche hohe Gehalte genossen. Die Regierung hat keine Kraft. Allenfalls haben wir bis jetzt nur trübe Aussichten vor Augen.

Ufen.

Shang-hai, 15. Nov. Man schreibt dem Pariser „Moniteur“: Die Zweifel, welche die chinesische Regierung über den Tod des letzten Hauptlings der Taipings, Hong-su, bei Gelegenheit der Einnahme Rankins genährt zu haben schien, haben sich jetzt bestätigt. Der Nachfolger des „himmlischen Königs“, welcher nach Aussage der Gefangenen im Augenblick des Sturms sich unter den Trümmern seines Palastes begraben sah, war in Wirklichkeit dazu gelangt, zu entkommen, und er ist es, der die Vertheidigung von Hucheh, dem letzten Zufluchtsort am Tschang-kiang, leitete. Als dieser Platz geräumt wurde, ging er nach Kiang-si, wo er, an der Spitze der Trümmer seiner Banden, zuvörderst einen ziemlich energischen Widerstand leistete, so daß er während zwei Monaten die kaiserl. Truppen im Schach hielt, ungeachtet des Vertrauens, welches sie in ihren letzten Siegen schöpften. Dennoch sollte dieser Erfolg nur vorübergehend sein. In verschiedenen Treffen geschlagen, in den Bergen von Kiang-si umzingelt, wurde Hong-su-Tiemn am 25. Okt. gefangen genommen, und wird ihm in Nan-tschang, der Hauptstadt der Provinz, bei lebendigem Leibe die Haut abgezogen werden, „damit — jagt das Dekret, welches sein Urtheil ankündigt — das Volk beruhigt werde.“

Die entscheidenden Vorkälle, die die kaiserl. Armee erlangt hat, machen fortan die Gegenwart der französisch-chinesischen Abtheilung überflüssig, welche an der Grenze von Kiang-Si zur Beobachtung verblieben war; sie ist nach Ningpo berufen worden, um dort Garnison zu halten, da die Regierung von Tschang-kiang wünscht, noch während einiger Zeit eine Truppe bei sich zu behalten, auf welche sie nöthigenfalls rechnen könnte.

Vermischte Nachrichten.

Worms, 26. Jan. (Hess. Bl.) In voriger Woche hat der Gemeinderath beschloffen, seinen früheren Beschluß vom 28. Mai v. J. aufzuheben und dem Komitee des Lutherdenkmal-Vereins den von der Künstlerkommission, der groß. Oberbaudirektion und dem Architekten des Denkmals als dem geeignetsten empföhlenen Platz in der Promenade links vor dem Reithor zur Aufstellung des Denkmals zu überlassen. Damit hat zugleich der Zwiespalt zwischen dem Ausschuss und 12 Mitgliedern des Komitees sein Ende erreicht.

Wiesbaden, 23. Jan. (Köln. Ztg.) Einer der politischen Prozesse gegen die wiedergewählten liberalen Abgeordneten hat sein Ende erreicht, nämlich die von der herzogl. Landesregierung gegen den Hofgerichts-Prokurator Dr. Braun erhobene Anklage wegen Schmähung der herzogl. Staatsbehörden in einer öffentlichen Versammlung. Nachdem das hohe Kriminalgericht, an welches die Führung der Untersuchung übergegangen war, die Akten vorgelegt, hat das aus beiden Senaten zusammengesetzte Plenum des Hof- und Appellationsgerichts hier den Angeklagten einstimmig freigesprochen, weil die Untersuchung die Unwahrheit der erhobenen Anklage dargethan habe.

Nach der „Kiel. Ztg.“ haben die Ausschüsse des Evangelischen Kirchentags die Einladung der südtischen Kollegien von Kiel, den Kirchentag dort abzuhalten, für das Jahr 1866 angenommen. — Nach derselben Zeitung hat die oberste Zivilbehörde die Genehmigung zum Bau der Preetz-Langensrader Bahn erteilt.

Berlin, 25. Jan. Das Schreiben des Hrn. v. Sauten-

Zulienfelde an den Präsidenten Grabow, in welchem derselbe das ihm angetragene Mandat des vierten Königsberger Wahlkreises ablehnt, lautet:

„Hochw. haben mir heute das Schreiben mitzutheilen die Güte gehabt, welches der Hr. Minister des Innern unter dem gestrigen Tage an Sie gerichtet hat. Ich entnehme aus demselben, daß die königl. Staatsregierung die von dem Abgeordnetenhause durch Nr. 2 und 3 der Beschlüsse vom 19. d. M. befundene Auffassung nicht theilt, vielmehr bereits eine Neuwahl für den 4. Königsberger Wahlbezirk ausgesprochen hat. Wenn diese entgegengesetzten Auffassungen ein praktisches Interesse für den eben vorliegenden Fall behalten, so kann es nicht fehlen, daß zu dem bereits vorhandenen Konflikt ein erheblicher neuer hinzutritt. Hiezu könnte ich nur unter Berücksichtigung meines ganzen bisherigen Lebens mitwirken. Diese Erwägung bestimmt mich, die mir von dem Hause der Abgeordneten zur Annahme dargebotene Wahl für den 4. Königsberger Wahlbezirk, wie ich hiemit thue, abzulehnen.“

Wien, 24. Jan. (Pr.) Der Rektor der Universität, Prof. Hyrtl, und die drei Professoren delane Arndts, Späth und Miklosich, welche das Verhör der 14 Studenten vom Komitee zur Jubiläumsefeier der Wiener Universität geleitet haben, sind dem Vernehmen nach vom Staatsminister zu einer Besprechung über die bekannnten Demonstrationen eingeladen worden. Vorgelesen sollen bereits die Juristen, gestern die Philosophen unter den 14 Komiteemitgliedern eine Ermahnung erhalten haben. Ein gleiches Loos erwartet heute die Mediziner. Es zirkulirt neuerdings das Gerücht, daß Rektor Hyrtl seine Demission eingereicht habe. Im kommenden Monat soll das Programm für die Jubelfeier der Universität veröffentlicht und mit den Einladungen an die auswärtigen Universitäten versendet werden.

Feldkirch, 23. Jan. Die „Feld. Ztg.“ bemerkt zu der Nachricht, daß ein Antrag auf Entfernung der Jesuiten vom vorarlbergischen Landesgymnasium hohes Orts abweislich beschieden worden wäre, sie könne die Richtigkeit derselben weder bestätigen noch verneinen; wohl wisse sie aber, daß dieser Tage dem Jesuitenkollegium die auf das Jahr 1865 entfallende Subvention für das Gymnasium ausbezahlt worden sei.

Luzern, am 25. d. wurde die Leiche des Hrn. Probst Leu zur Erde bestattet.

Neuenburg. Hr. Prof. Desor hat vom Kaiser Napoleon eine erste Sendung von archaischen Werken in Erwiderung seiner Sendung von Gegenständen aus den Pfahlbauten erhalten.

Am 1. Jan. 1862 belief sich die Bevölkerung der 59 Provinzen des Königreichs Italien auf 21,776,953 Köpfe.

Die englische Bank hat ihren Diskont auf 4 Proz., und die niederländische auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt.

In der Provinz Algier wurde am 16. Jan. 4 Uhr Morgens ein Erdbeben verspürt. Der erste Stoß war ziemlich stark, die beiden andern waren schwächer.

Der „Moniteur“ enthält einen Brief aus Mexiko, der interessante, zum Theil gar curiose Aufschlüsse über Land und Leute des neuen Kaiserreichs gibt. Die Bildung der Fremdenlegion, so heißt es u. A., geht nicht so schnell vor sich, weil nur nichtfranzösische Europäer und Indianer in sie aufgenommen werden. Die Indianer haben aber die höchst unangenehme Gewohnheit, zu desertiren, weniger aus Furcht, als aus Langeweile. Ein Offizier sandte jüngst von seinem Posten in Rio frio folgenden Bericht ein: „Pferde 18, Leute 7, 11 Pferde disponibel in Folge des Verschwindens ihrer Reiter.“ Früher war das Verfahren, wie man eine Armee auf die Beine brachte, höchst summarischer Natur. Während der Belagerung von Puebla ließ man eines schönen Tages, behufs der Bildung eines neuen Reservekorps, alle wehrfähigen Indianer, die man in den Straßen von Merito vorfand, mit dem Lasso (Strick) einfangen. Die Pferde brachte man durch ein ähnliches patriarchalisches Verfahren zusammen. Man ließ alle Reiter absteigen, die sich an demselben Tage in der Hauptstadt hoch zu Ross Bewegung machten. In Bezug auf den Kurus, den die mexik. Armee mit Generalen und Obersten treibt, führt der Korrespondent das bekannte Dekret Santa Anna's an: „Niemand kann General werden, der nicht Militär ist.“ Man erinnert sich eines Beispiels, daß die Gemahlin eines der früheren Präsidenten in dessen Abwesenheit einen von ihr besonders protegirten jungen Hauptmann eine militärische Promenade machen ließ und ihm auf der ersten Etappe schon, als Dank des Vaterlandes, für diese Waffenthat das Oberstenpatent, mit dem großen Staatsiegel in ihrer, der Dame, eigenhändiger Unterschrift versehen, zuschickte. Gegenwärtig soll sich die Zahl der zur Disponibilität gestellten mexikanischen Generale und Obersten noch auf 1163 belaufen! Von einem nicht namhaft gemachten General wird erzählt, daß er einmal, um seinen 400 Gefangenen die Möglichkeit zur Flucht zu benehmen, ihnen die Fußsohlen abhäuten und rösten ließ, und sie in diesem Zustande zwang, bei glühender Sonnenhitze auf steinigem Wege mit seiner Kolonne zu marschiren. Am ersten Abend machten sie ihm keine Sorge mehr, sie waren alle todt! Ein Anderer ließ die Frau des von ihm besiegten gegnerischen Generals auf dem Rücken ihres auf dem Boden ausgestreckten Gemahls festbinden. „Man erräth das Uebrige.“ — Die mexik. Korps führen gewöhnlich eine Unzahl Weiber, Soldatens, mit sich. Als Major Marechal das verschanzte Lager südlich von Moreo in Yucatan in Besitz nahm, fand er eine Menge Weiberkleider. Ein Korps, das nicht mehr als 4500 Mann zählt, hat oft ein Gefolge von nahe an 4000 Weibern, die auf Pferden und Mauleseln nachreiten und ihren Satten oder Auserkornen die Maisfuchen und Bohnen zubereiten. In dem Maß, als nun die österreichischen und belgischen Freiwilligen eintreffen, wird die gegenwärtige mexikanische Armee in engere Cadre gebracht werden. Die beiden Divisionen Marquez und Mejia werden künftig nur je ein Regiment zu zwei Bataillonen bilden.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

26 Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 5.40	+ 22	S.W.	gang bew.	trüb, dünnig, Reg.
Mittags 2 „	4.63	- 9.5	„	„	„
Nachts 9 „	4.03	+ 7.5	„	„	Nachts Reg.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donntag 29. Jan. 1. Quartal. 15. Abonnementsvorstellung. Doktor Faust's Hausknecht; Posse mit Gesang in 3 Akten, von Hopp; Musik von Hebenstreit.

